

**15458/AB**  
Bundesministerium vom 18.10.2023 zu 15971/J (XXVII. GP)  
**bmf.gv.at**  
Finanzen

Dr. Magnus Brunner, LL.M.  
Bundesminister für Finanzen

Herrn Präsidenten  
des Nationalrates  
Mag. Wolfgang Sobotka  
Parlament  
1017 Wien

Johannesgasse 5, 1010 Wien

Geschäftszahl: 2023-0.603.631

Wien, 18. Oktober 2023

Sehr geehrter Herr Präsident!

Auf die schriftliche parlamentarische Anfrage Nr. 15971/J vom 18. August 2023 der Abgeordneten Julia Herr, Kolleginnen und Kollegen beehere ich mich Folgendes mitzuteilen:

Zu 1. bis 11., 14. sowie 20. bis 26.:

Für das Jahr 2023 sind infrastrukturelle Maßnahmen in der Höhe von rd. 1.084.100 Euro geplant. Bei den geplanten Maßnahmen handelt es sich insbesondere um Investitionen in neue Medientechnikanlagen (dadurch nachhaltige Reduktion von Dienstreisen) und Außenbeschattungen sowie die Herstellung von Fahrradabstellplätzen. Auch wurde budgetäre Vorsorge getroffen um in den kommenden Jahren den gesetzlich vorgegebenen, stufenweisen Umstieg auf Elektromobilität bzw. andere alternative Antriebssysteme vorantreiben und abhängig davon entsprechende Ladeinfrastruktur an ausgewählten Standorten der Bundesfinanzverwaltung bedarfsgerecht zur Verfügung stellen zu können.

Festzuhalten ist, dass in vielen Bereichen eine Vorausschau nur sehr schwierig und/oder teilweise gar nicht möglich ist, da künftige Bedarfe – wie bspw. Kilometer-Leistungen im Fuhrpark – nicht vorhersehbar sind.

Die angesprochenen Sachverhalte werden im Bundesministerium für Finanzen (BMF) regelmäßig evaluiert. Darüber hinaus wird auf die Beantwortungen der schriftlichen parlamentarischen Anfragen Nr. 2792/J vom 9. Juli 2020, Nr. 3274/J vom 4. September 2020, Nr. 6793/J vom 26. Mai 2021, Nr. 11123/J vom 31. Mai 2022 sowie Nr. 11943/J vom 21. Juli 2022.

#### Zu 12.:

Es wird auf die Beantwortung der schriftlichen parlamentarischen Anfrage Nr. 3274/J vom 4. September 2020 verwiesen.

Bei der seitens der Bundesbeschaffung GmbH (BBG) erfolgten Bedarfserhebung für Strom im Jahr 2020 bzw. der gerade laufenden Bedarfserhebung für die Jahre 2025 – 2027 hat das BMF einen 100 % Ökostrombezug als Bedarf bekanntgeben. Auf Grund der darauf aufbauenden erfolgten Ausschreibung durch die BBG ist bereits eine 100 % Umstellung auf den neuen Ökostrom Anbieter erfolgt. Lediglich dort, wo kein Bezug über die ausgeschriebenen BBG Anbieter möglich ist, wird in Abstimmung mit dem Vermieter versucht, die Quote sukzessive zu erhöhen.

#### Zu 13.:

Es wurden bereits zahlreiche Maßnahmen gesetzt, um zukünftig bei Veranstaltungen die Kriterien für Green Events bzw. Green Meetings einzuhalten. Aus Kosten- und auch Zeitgründen werden zwar auch künftig nicht alle Veranstaltungen zertifiziert werden, die diesbezüglichen Vorgaben werden jedoch bereits eingehalten. Grundsätzlich werden beispielsweise Caterings für externe Veranstaltungen nur noch bei Dienstleistern bestellt, die die Umweltkriterien erfüllen. Die gewählten Veranstaltungsorte (so die Veranstaltung nicht im BMF selber stattfindet) sind immer öffentlich erreichbar, der Veranstaltungsraum des BMF ist bereits als zertifizierte Eventlocation registriert.

#### Zu 15. bis 19.:

Aktuell setzt sich der Fuhrpark (BMF Zentraleitung) aus 2 Plug-In-Hybridfahrzeugen der Marke BMW Typ 745Le xDrive (beides Regierungsfahrzeuge) sowie aus 4 Plug-In-Hybridfahrzeugen der Marke Audi Typ A6 50 TFSI e Quattro zusammen. Darüber hinaus wird auf die Beantwortungen der schriftlichen parlamentarischen Anfragen Nr. 3274/J vom 4. September 2020, Nr. 6793/J vom 26. Mai 2021 sowie Nr. 15481/J vom 5. Juli 2023 verwiesen.

Zu 27. und 28.:

Das BMF steht neben anderen Ressorts mit dem BMK auf mehreren Ebenen im ständigen Kontakt zum Themenkomplex Klimaschutz. So ist das BMF bspw. fester Bestandteil bei der interministeriellen Steuerungsgruppe zum Thema Nationaler Aktionsplan für die nachhaltige Beschaffung, wo derzeit an einem künftigen Monitoring zu laufenden Aktivitäten im Rahmen des öffentlichen Beschaffungswesens gearbeitet wird. Zusätzlich wird derzeit auf Grundlage des Ministerratsvortrages vom 27. Juli 2022 in Zuständigkeit des BMF die interministerielle Arbeitsgruppe mit dem Ziel der Bundesregierung der Aufrechterhaltung und Sicherstellung der Energieversorgung vorbereitet, in der auch das BMF entsprechend vertreten sein wird. Hier werden auch Sparmaßnahmen beim Energieverbrauch in öffentlichen Gebäuden ein wichtiges Thema sein. Aktuell ist das BMF mit dem BMK hinsichtlich Roadmap zur klimaneutralen Verwaltung im laufenden Austausch.

Darüber hinaus wird auf die Beantwortung der schriftlichen parlamentarischen Anfragen Nr. 14047/J vom 1. Februar 2023, Nr. 9401/J vom 20. Jänner 2022, Nr. 4999/J vom 15. Jänner 2021, Nr. 2713/J vom 8. August 2020, Nr. 3274/J vom 4. September 2020 sowie die Quartalsanfragenserien wie zuletzt unter Nr. 15481/J vom 5. Juli 2023 verwiesen.

Der Bundesminister:

Dr. Magnus Brunner, LL.M.

Elektronisch gefertigt